



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 29. April 2021

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Die Kaiserfeldgasse oder Verkehrswende ganz konkret: Begegnungszone und abendliche Fußgänger*innenzone ab Sommerferien 2021 umsetzen.

Mindestens einmal im Jahr wird in Graz zurecht die Frage aufgeworfen, ob denn die wunderschön baumbestandene und sehr belebte Kaiserfeldgasse nun denn schon autofrei oder zumindest stark parkplatz- und verkehrsreduziert worden sei. Und jedes Mal, wenn diese Frage gestellt wird, verweist die Grazer Stadtpolitik auf einen späteren Zeitpunkt. Es erinnert ein wenig an das Ritual um das Murmeltier Phil in Punxsutawney, das Jahr für Jahr das Winterende verkündet. Aber ganz anders als beim frustrierenden Ritual um die Grazer Kaiserfeldgasse sagt Phil in aller Regel den baldigen Beginn des Frühlings für Pennsylvania voraus. Aber zurück vom fernen Pennsylvania nach Graz und in unsere schöne, leider von zu vielen Autos zugeparkte Innenstadt.

Die Wirtschaftstreibenden vor Ort, die Regionalstelle der Wirtschaftskammer, Anwohner*innen, Besucher*innen, Tourist*innen und Kund*innen wünschen sich eine andere, eine verkehrsberuhigte Kaiserfeldgasse. Sogar die meisten Stadtpolitiker*innen – nicht aller, aber beinahe aller Couleur – haben in den letzten Jahren zumindest einmal von einer anderen Kaiserfeldgasse, von einer verkehrarmen Kaiserfeldgasse, öffentlich gesprochen. Und es gab dazu auch schon Aussagen, die man sogar als Zusagen für eine Fuzo oder eine Bezo deuten konnte.

Klingt gut, ist es aber nicht. Denn statt das Zugesagte umzusetzen, wird auf die Arbeit an einem Gesamtverkehrskonzept für das Joanneumviertel verwiesen. Wenn es um die gesamte Verkehrsabwicklung in der Innenstadt-West bzw. im Joanneumviertel geht, kann und soll man das machen. Was dabei aber so gar nicht nachvollziehbar ist: Warum kann eine kleine, für die Verkehrsabwicklung so gut wie bedeutungslose Gasse nicht vorgezogen werden? Warum kann eine

Gasse, die keine Verbindungsfunktion hat und nur aufgrund des Parksuchverkehrs von Autofahrten betroffen ist, nicht vorgezogen verkehrsberuhigt werden? Und sei es nur als Probelauf, als Test, der – wie ich annehme – äußerst geringfügigen Auswirkungen auf umliegende Straßen messbar machen und die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die verkehrsberuhigte Gasse aufzeigt wird.

Ein solch vorgezogener Test, gerade in der Kaiserfeldgasse, wo es sehr viele Befürworter*innen gibt, wo man sich auf einen solchen Praxistest Richtung Verkehrswende und urbanem Leben mehr als nur freut, kann, verbunden mit einer Befragung von Stakeholdern, Anwohner*innen und Besucher*innen auch neue und bessere Grundlagen für weitere Überlegungen und Konzepte schaffen. Die Stimmung für eine probeweise Begegnungszone ist gerade jetzt gut. Ohne aufwendige Konzeptionsarbeit und ohne kostenwirksame Umbauten könnten die Kfz-Durchfahrten und der Parksuchverkehr reduziert, sozialer Raum und menschliche Begegnungsmöglichkeiten - konsumfrei aber auch mit Konsum bei den lokalen Unternehmen - maximiert und so ein neues Stadtgefühl ausprobiert werden. Ich bin überzeugt, dass aus dem Ausprobieren eine dauerhafte Lösung und ein fester Bestandteil einer gut besuchten und stark belebten Innenstadt wird. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat beauftragt Verkehrsstadträtin Elke Kahr, in der Kaiserfeldgasse – östlich der Neutorgasse und westlich der Einmündung am Eisernen Tor - mit Beginn der Sommerferien eine Tempo-20-Begegnungszone inkl. abendlichem und sonntäglichem allgemeinen Fahrverbot (ausgenommen Berechtigte im Schrittempo) fachlich und rechtlich vorzubereiten.
2. Weiters beauftragt der Gemeinderat Verkehrsstadträtin Elke Kahr, die Auffassung der Kurzparkzone-Stellflächen – ausgenommen Behindertenparkplätze, Ladezonen, Anwohner*innen-Stellflächen und dgl. - mit Ferienbeginn ab 10. Juli 2021 unter Einbeziehung der Bezirksvertretung, der Handels- und Gastronomiebetrieben und weiterer zu befassender Institutionen zu prüfen.
3. Des Weiteren wird Stadträtin Elke Kahr ersucht, eine Befragung von Stakeholdern, Anwohner*innen und Nutzer*innen im Spätsommer/Frühherbst 2021 durch die zuständige Abteilung zu veranlassen.
4. Über die gesetzten Maßnahmen und über die Ergebnisse begleitender Evaluierungen und Befragungen ist dem Ausschuss für Verkehr in der Oktober-Sitzung 2021 ein Informationsbericht vorzulegen.